



VCLnews



Der Mensch im Mittelpunkt

OFFENLEGUNG GEMÄSS MEDIENGESETZ § 25 ABS. 4

Die viermal pro Jahr erscheinende Zeitschrift „VCL News“ ist das Organ der „**Vereinigung christlicher Lehrerinnen und Lehrer an höheren und mittleren Schulen**“. Sie steht in ökumenischer Gesinnung auf dem Boden einer christlichen Weltanschauung. Sie bezweckt, die Lehrerinnen und Lehrer an höheren und mittleren Schulen Österreichs in ihrer beruflichen Tätigkeit und ihrer Weiterbildung, insbesondere in Fragen der Bildung, der Erziehung und des Unterrichts, zu unterstützen.

Bundesobfrau: Dir. Mag. Isabella Zins, Goethestraße 28, 2136 Laa/Thaya, E-Mail: isabella.zins@aon.at

Obfrau-Stellvertreterin: OStR Mag. Gertraud Auer, E-mail: gertraudauer@gmx.at

Obfrau-Stellvertreter: Dir. Mag. Johann Sohm, E-mail: johann_sohm@utanet.at

Schriftführer: OStR Mag. Wilfried Kößler

Kassier: Mag. Matthias Hofer

Medieninhaber (Verleger) zu 100%: „Vereinigung christlicher Lehrerinnen und Lehrer an höheren und mittleren Schulen“

Redaktionelle Gestaltung und für den Inhalt verantwortlich:

Mag. Helmut Jantschitsch, E-Mail: helmut.jantschitsch@oepu.at und

Dir. Mag. Isabella Zins, E-Mail: isabella.zins@oepu.at

Zuschriften, Manuskriptsendungen und Anzeigen an die Redaktion.

Für den Inhalt namentlich gekennzeichnete Beiträge tragen ausschließlich die VerfasserInnen die Verantwortung.

Layoutgestaltung und Produktion: mentor communications Werbeagentur GmbH

Anzeigenverwaltung: Mag. Stephanie Thaller, 1220 Wien, Bergengasse 3/19

Isabella Zins, Bundesobfrau der VCL
LehrerInnen zwischen Anspruch und Wirklichkeit – die VCL als Partnerin im LehrerInnen-Alltag

Seite 2

Stimmen aus dem Konferenzzimmer

Seite 4

Michael Jahn
Warten auf Godot

Seite 6

Eva Teimel
Qualitätsbeweis für unsere Schulen: Fairness-Award 2010

Seite 7

VCL-Position zur LehrerInnen-bildung NEU

Seite 9

Paul Schulmeister
„Eine Verfolgung, von der niemand spricht“

Seite 10

Christine Mann
Das Menschenrecht auf Religionsfreiheit

Seite 11

Forum Ostarrichi 2010

Seite 14

VCL Landesvorsitzende

Seite 15

Andreas Gjecaj
Solidarität und Gerechtigkeit: Wir leben Werte! Teil 2

Seite 16

Hamburger Volksentscheid: Sieg der Vernunft!

Seite 18

LehrerInnen zwischen Anspruch und – die VCL als Partnerin im LehrerInnen

Mag. Isabella Zins
Bundesobfrau
der VCL



Der Schulalltag hat uns wieder: altbekannte und neue Gesichter in den Klassen und im Konferenzzimmer, ein neuer Stundenplan, altbewährte und neue Projekte, viel Organisatorisches, viele Gespräche mit SchülerInnen und KollegInnen,... Schnell sind wir LehrerInnen wieder mitten im Schulgeschehen, schnell weicht die eher sorglose Ferienzeit dem Schulherbst, der uns allen wieder viel Energie abverlangt. Glücklicherweise, wer in den Sommermonaten Ballast abwerfen und seine Batterien neu aufladen konnte, schwierige Situationen ad acta gelegt und sich genügend Erholung gegönnt hat, um den neuen Herausforderungen gewachsen zu sein. Diese Herausforderungen werden – so bestätigen viele KollegInnen aus eigener Erfahrung – von Jahr zu Jahr größer: fordernde Kinder und Jugendliche halten uns auf Trab, im positiven Sinn durch ihre Wissbegierde und ihren Tatendrang, im negativen Sinn durch unangemessene Verhaltensweisen, die ich persönlich keineswegs euphemistisch als „verhaltensoriginell“ bezeichnen möchte. Diese reichen von störendem Verhalten während des Unterrichts bis hin zur gänzlichen Schulverweigerung.

Wie schlimm die Situation auch bei uns in Österreich bald werden könnte, lässt ein Blick über die Grenzen erahnen:

„Die französische Regierung macht Ernst: Fehlt ein Schüler vier Halbtage im Monat unentschuldig und dies auch noch im darauffolgenden Monat, dann wird seinen Eltern die Kinderbeihilfe gestrichen.“ (Die Presse vom 17. September 2010)

„Die Länder und Kommunen greifen zunehmend hart durch: Behörden lassen Eltern Bußgelder zahlen oder lassen Kin-

der mit dem Streifenwagen in die Schule fahren. Bei hartnäckigem Fernbleiben von Schülern erhalten Eltern sogar Freiheitsstrafen – oder Schüler Jugendarrest.“ (Der Spiegel ONLINE am 16. September 2010)

Wie schwierig die Anforderungen an den Lehrberuf sind, hat vor kurzem der ehemalige Wiener Stadtschulratspräsident Dr. Kurt Scholz treffend formuliert:

„Heute ist der Lehrberuf ein Mixtum compositum. Die Vermittlung von Fachinhalten ist zurückgetreten. Heute ist der Schulalltag eine Kombination von Sozialarbeit, Krisenintervention, Familienberatung, Entwicklungspsychologie und Lehrtätigkeit. Die einen erwarten sich von der Schule die Einhaltung jener Regeln, die man zu Hause immer weniger durchsetzt, die anderen eine ungehinderte individuelle Entfaltung des Kindes. Als ob das nicht genug wäre, ist auch das gesellschaftliche Umfeld der Schule anspruchsvoller geworden.“ (Die Presse vom 31. August 2010)

Eine Fülle von Anforderungen wird an uns Lehrkräfte gestellt und nicht selten fragen wir uns, ob wir all den Ansprüchen überhaupt ansatzweise gerecht werden können:

- Werde ich als Lehrkraft von meinen SchülerInnen als Autorität in positivem Sinne akzeptiert?
- Dringe ich mit meiner „Botschaft“ durch?
- Kann ich mich wirklich aufs Unterrichten konzentrieren oder muss ich in der einen oder anderen Klasse den Dompoteur spielen?
- Darf ich methodisches Neuland betreten oder mache ich mich dadurch verdächtig?
- Was bringt die Zusammenarbeit im LehrerInnen-Team bzw. ist sie überhaupt erwünscht?
- Darf ich mich meinen KollegInnen anvertrauen, wenn ich Probleme habe, oder wird mir das von den KollegInnen und meinem/r Vorgesetzten negativ ausgelegt?

Gemeinsam statt einsam!



Bild lizenziert von BigStockPhoto.com

Wirklichkeit en-Alltag

Wenn zur persönlichen Verunsicherung noch die politisch verursachte hinzutritt, kann sich beim einen oder der anderen bald ein Gefühl der Ohnmacht breit machen. Doch nichts ist gerade im Lehrberuf schlimmer als Abgestumpftheit und Dienst nach Vorschrift.

Wer besonders hohe Ansprüche an sich selbst stellt, ist besonders gefährdet, daran zu zerbrechen. Umso wichtiger ist es, nicht als EinzelkämpferIn durchs LehrerInnen-Leben zu gehen, sondern sich mit Gleichgesinnten auszutauschen.

Was kann nun eine LehrerInnen-Vereinigung wie die VCL zum Wohlergehen von Lehrkräften beitragen? Wofür steht die VCL überhaupt?

Langjährige Mitglieder wissen es längst,

viele junge stützen beim Namen „christlich“, der heutzutage leider oft einen „uncoolen“ Beigeschmack hat, obwohl christliche Werte alles andere als unmodern sind. Ganz junge KollegInnen, die – gerade noch StudentInnen – nun schon in der Klasse unterrichten, haben vermutlich noch nie von der VCL gehört. Was bietet die VCL? Was bringt die Mitgliedschaft in dieser politisch unabhängigen Vereinigung?

Kurz gesagt: Hilfestellung, Austausch, moralische Unterstützung, fachliches Knowhow und vor allem das Wissen: Ich bin nicht allein. Viele KollegInnen denken so wie ich. Ich bin über die aktuellen bildungspolitischen und pädagogischen Entwicklungen informiert und kann mich als ExpertIn der Praxis einbringen. Meine Meinung zählt. Ich kann meinen Beitrag zur laufenden Verbesserung des bestehenden Systems leisten.

Konkret wird dies im Leitbild der über 100 Jahre alten LehrerInnen-Vereinigung VCL deutlich: Der Mensch als Mittelpunkt der Pädagogik

- Wir stellen die Schülerinnen und Schüler in den Mittelpunkt unserer Arbeit als Lehrerinnen und Lehrer und sehen sie als Persönlichkeiten mit individuellen Anlagen, Begabungen und Fähigkeiten. Menschlichkeit, Leistungsorientierung und das Streben nach Chancengerechtigkeit bestimmen unseren Zugang zu den Schülerinnen und Schülern.
- Wir fördern die ständige Qualitätsentwicklung an AHS und BMHS und ein Schulklima, das der gegenseitigen Unterstützung und Zusammenarbeit der Schulpartner dient.
- Wir bieten Veranstaltungen an, die allen offen stehen, und verstehen diese als Beiträge zur Entwicklung selbstbewusster, leistungsfähiger und im Bereich von Unterricht, Erziehung und Schulorganisation gut informierter Lehrerinnen und Lehrer.

Mitgestalten unserer Gesellschaft

- Wir reflektieren Grundsatzfragen von Erziehung, Bildung und Unterricht auf der Basis unserer Werteorientierung.
- Wir setzen Initiativen in Schul- und Bildungspolitik sowie in Fragen der →

ab der 5. Schulstufe

ab der 7. Schulstufe



JÖ

11 Ausgaben während des Schuljahres
inkl. JÖ-Themenhefte und JÖ-Ferienausgabe



TOPIC

11 Ausgaben während des Schuljahres
inkl. Themenhefte TOPIC-EXTRA und TOPIC-Ferienausgabe

Lesen, Unterrichten und Thematisieren mit JÖ und TOPIC

- für die moderne und individuelle Leseerziehung
- für die monatliche Unterrichtsplanung und -vorbereitung:
 www.lehrerservice.at für Lehrer/innen
- www.myjoe.at und www.mytopic.at für Leser/innen von JÖ und TOPIC

Bestellung auch
online möglich!
www.lehrerservice.at
www.buchklub.at



➔ **LehrerInnen zwischen Anspruch und Wirklichkeit**

Erziehung und des Unterrichts. Bewährtes wollen wir weiterentwickeln und für Veränderungen offen sein. Deshalb nehmen wir Einfluss auf Schulreformen, auf Änderungen der Schulgesetze und auf die laufende Verbesserung der Lehrpläne.

- Wir suchen selbständig und von den politischen Parteien unabhängig die Zusammenarbeit mit Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträgern in allen Parteien und Interessenvertretungen.

Orientierung an christlichen Werten

- Wir orientieren uns an der christlichen Weltanschauung. Dabei legen wir besonderen Wert auf Ehrlichkeit, soziale Verantwortung, Offenheit und Toleranz.
- Wir fördern eine christlich orientierte Erziehung und fordern die Berücksichtigung der weltanschaulich-ethischen Bildungsdimension im Unterricht für alle Schülerinnen und Schüler.
- Wir stehen als selbstständige und von den kirchlichen Hierarchien unabhängige Vereinigung allen offen, die sich zu christlichen Werten bekennen.

Unterstützung der Lehrerinnen und Lehrer

- Wir vermitteln durch unsere Zeitung VCL-News und unsere Homepage (www.vcl-oe.at) Informationen aus erster Hand. Unsere Veranstaltungen und Enqueten ermöglichen den Gedankenaustausch und das Erleben von Gemeinschaft und Solidarität.
- Wir bieten Fortbildung für Lehrerinnen und Lehrer, um ihre persönliche und berufliche Weiterentwicklung zu unterstützen.
- Wir fördern die Identifikation von Lehrerinnen und Lehrern mit ihrem Beruf und arbeiten gezielt für ein positives Lehrerimage in der Öffentlichkeit.

Mit welchen Themen beschäftigt sich die VCL nun gerade aktuell? Einige davon stehen im Mittelpunkt dieser Ausgabe:

Werteerziehung in der Schule, Positionierung zu den neuen Plänen bezüglich LehrerInnen-Ausbildung. Zusätzlich ist ein wichtiger Schwerpunkt diesmal dem sozialen Lernen gewidmet. Gelungene

und nachahmenswerte Beispiele sollen vor den Vorhang geholt werden (z. B. die Erfolge beim Fairness-Award), um Einblick in den tatsächlichen Alltag an Schulen zu geben und die tatsächlichen Leistungen der großen Mehrheit der KollegInnen zu würdigen, die leider viel seltener in den Schlagzeilen stehen als einzelne „Ausreißer“ und „schwarze Schafe“.

Die Herausgabe einer eigenen VCL-Zeitung, die vielfältigen Aktivitäten in den einzelnen Landesverbänden und die Mitarbeit in den Bundesgremien der Standespolitik dienen dazu, den Fokus der öffentlichen Diskussion auf das zu richten, was engagierte LehrerInnen, die ihre SchülerInnen bestmöglich fördern und fordern wollen, wirklich brauchen: Wertschätzung, Unterstützung und die notwendigen Rahmenbedingungen für qualitativ hochwertige Arbeit!

In diesem Sinne wünsche ich uns allen ein erfolgreiches Schuljahr 2010/2011!

Mit besten Grüßen

Mag. Isabella Zins, Bundesobfrau VCL

STIMMEN AUS DEM KONFERENZZIMMER

Stress

„Na wie oft geht 3 in 15?“, frage ich einen Schüler der 1. Klasse. „Ich halte Stress nicht aus“ antwortet er.

Dazu fällt mir mehreres ein:

- 1) Es ist schön, dass Kinder heutzutage ihre Befindlichkeit so gut verbalisieren können.
- 2) Solange es Aufnahmeprüfungen gab, konnten die Erstklassler das kleine 1x1.
- 3) Die Aufnahmeprüfungen wurden abgeschafft, weil man den Kindern diesen Stress nicht zumuten wollte.
- 4) Meine Schwester und mein Schwager waren froh, dass sie bei der Aufnahmeprüfung ihre AHS-Reife nachweisen konnten (an der ihre Volksschullehrerin gezweifelt hatte). Beide sind heute in den Niederlanden erfolgreiche AkademikerInnen.
- 5) Wenn schon einfache Fragen lähmen den Stress erzeugen, sollte man Kinder vielleicht etwas mehr an Stress gewöhnen. Auch wenn zu hoffen ist, dass diese Kinder und Jugendlichen nicht ähnlich stressigen Situationen ausgesetzt sind, wie es österreichische Kinder in der 1. Hälfte des vorigen Jahrhunderts waren, Herausforderungen und Schwierigkeiten zu meistern, wird auch ihnen nicht erspart bleiben.
- 6) Wenn ein Schüler auf die Frage „Wie oft geht 3 in 15?“ mit „Ich halte Stress nicht aus“ antwortet, werde ich das Gefühl nicht los, zu alt für **den** Beruf zu sein.

Mag. Liselotte Filzmoser

AHS-Lehrerin am Sacré Coeur Pressbaum



Mathematik oder „Was bringt sich das?“

„Was bringt sich das?“ fragen mich gelegentlich SchülerInnen, die mir offensichtlich nicht nur beweisen wollen, dass ich die letzte Deutschreform verschlafen habe, sondern auch bestrebt sind, mir Freude zu bereiten. Manche garnieren die Frage noch mit dem Hinweis: „Mein Vater kann das auch nicht und der verdient viel Geld!“

Zur Beantwortung dieser Frage möchte ich heute einige Ergebnisse zitieren, die SchülerInnen bei Mathematikschularbeiten lieferten.

- a) Aus der Welt des Sports: „Das Fußballtor ist 24 cm hoch und 7 km breit.“ „Der Elfer wird aus 1,09 km Entfernung geschossen“ (1. Klasse)
- b) Zur Pensionsvorsorge: „Eine jährliche Zahlung von 1.800€ ergibt bei einer

3,5%-igen Verzinsung nach 20 Jahren einen Auszahlungsbetrag von 1.106.385€“ (6. Klasse)

- c) Aus der Finanzwelt: „Bei einem Jahresgehalt von 51.360 € bezahlt man rund 4,9 Mill. € Einkommensteuer.“ (5. Klasse)
- d) Vermessungsaufgabe 1: „Auf die Frage, ab wann ein in Wien landendes Flugzeug den Sinkflug einleitet, reichten die Ergebnisse von einem Sturzflug ab der Raffinerie Schwechat bis zu einem Beginn kurz nach Sydney.“ (6. Klasse)

Um es ganz klar zu sagen, all diese weltbildverändernden Ergebnisse,

- die manche Fußballspielresultate und vergebene Elfmeter viel besser verstehen lassen,

- die zeigen, dass der Mittelstand Österreichs Budgetprobleme im Alleingang lösen wird,

- die beweisen, dass die Angst um die Pension völlig unbegründet ist,

und die die Geschichte der Kamikazeflieger in anderem Licht erscheinen lassen, all diese Ergebnisse sind für MathematiklehrerInnen durchaus verständlich. Schwierigkeiten beim Rechnen mit Dezimalzahlen oder eine falsche Formel liefern rasch solche Resultate.

Allerdings, liebe SchülerInnen, wenn dann eure Antwort nicht mit „Da kann was nicht stimmen“ endet, dann kann ich euch versichern: „Es bringt sich nichts!!!“

Mag. Liselotte Filzmoser

AHS-Lehrerin am Sacré Coeur Pressbaum

Landesrätin
Doris Hummer 
ZUKUNFT LIVE!

„Wer sich bildet,
nimmt sein Leben
selbst in die Hand.“

Bildung ist Zukunft

www.zukunftlive.at



Warten auf Godot ...

... oder auf das Ethik-Schulkonzept von Claudia Schmied

Dr. Michael Jahn

Direktor ORG I – h12
Gründerschule
Ethikunterricht



Wir gehen mittlerweile schon in das (verflixte) 13. Jahr des Schulversuchs „Ethikunterricht“ in der Schule – und warten und warten und warten.....

Worauf? Auf die Bewilligung, dass dieser Schulversuch endlich in das Regelschulwesen übergeht!

Begonnen hat es mit dem bekannten saloppen Sager vom früheren Stadtschulratspräsidenten Kurt Scholz, der gemeint hat, dass er sich „das vorstellen könne“ – was genau?

Einen alternativen Pflichtunterricht zu Religion bzw. genauer gesagt: für alle SchülerInnen, die sich von „ihrem“ Religionsunterricht abgemeldet haben oder ohne religiöses Bekenntnis sind.

Wozu das Ganze?

Nun, es haben sich ja bereits viele kluge Menschen den Kopf über gesellschaftliche, ethische, moralische Probleme den Kopf zerbrochen, so z.B. ein Kant – oder andere Denker wie Buddha, Schopenhauer, Aristoteles, Mohammed, Hegel, Augustinus bis Zeilinger und Schönborn – eine „bunte Mischung“. Egal, ob diese jetzt einen glaubensorientierten, agnostischen oder vielleicht atheistischen Ansatz vertreten haben, sie haben sich etwas dabei gedacht, Wichtiges erkannt – und es für wert befunden, dies der Menschheit kund zu tun – aber auch ihre Mitbürger für so wichtig und wertvoll gehalten, dass sie ihnen ihre eigenen Erkenntnisse nicht vorenthalten wollten.

Genau das aber passiert seit Jahren bei Claudia Schmieds BMUKK: Den Jugendlichen werden wesentliche Gedanken,

Erkenntnisse, Gedachtes und Wichtiges, moralische Leitlinien und ethische Normen, die besprochen, gelehrt, erörtert, nachempfunden werden könnten, vorenthalten.

Eigentlich wäre die Unterrichtsministerin moralisch dazu verpflichtet, noch dazu als oberste Bildungschefin!!

Inhalt eines guten Ethikunterrichts ist ja neben dem kognitiven Wissen, das vermittelt werden soll, vor allem der Aspekt der Bildung, der Herzensbildung, die Wertschätzung, die Anerkennung, das Miteinander an Stelle des Gegeneinander. Hier ist Platz für tiefere Ansätze der Erkenntnis, die mit den SchülerInnen und von den SchülerInnen selbst erarbeitet, erlebt werden sollen. Ähnlich einem guten Religionsunterricht werden hier Erkenntnisse und Erfahrungen gekoppelt mit geistigen wie spirituellen Inhalten zugelassen, vereint erlebbar gemacht. Das Wesentlichste ist zweifellos die Werte-„Vermittlung“, das Erleben und „Austesten“ der Wertekonzepte, Werterhaltungen, das Erleben von Miteinander, eine der perfektesten Formen eines guten Integrations-Unterrichtes.

Ethik als alternatives Pflichtfach, ursprünglich als „Ersatzfach“ betitelt, wurde 1997 als Schulversuch von insgesamt sieben Schulen in ganz Österreich beantragt und in der Folge vom BMUKK bewilligt.

Die Werteinheiten wurden anfangs vom Staat zur Verfügung gestellt, allerdings sehr bald wegen Sparmaßnahmen sukzessive reduziert und müssen seit Jahren von den Schulen autonom aufgebracht werden. In Wahrheit heißt das, dass der Ethikunterricht jetzt mit Sprachteilungen, Unverbindlichen Übungen oder Freifächern in „Konkurrenz“ treten muss, welche dieser Stunden gestrichen bzw. stattfinden dürfen – und das in einem Land, das sich die Kultur als Aushängeschild auf die Fahnen heftet und bis zum Tourismus Kultur, Geschichte und Bildung vermarktet.

Eigentlich ist es wirklich eine Schande, dass dem Staat die Vermittlung von Wer-

ten, Normen, Einstellungen, Richtlinien, (Glaubens-)Inhalten – hoffentlich nur scheinbar, offensichtlich aber doch anscheinend – nichts wert ist. Es liegt klar auf der Hand, dass genau diese Defizite in der Erziehung für die Jugend ein großes Loch reißen – überhaupt dann, wenn die Familie als „Polster“ einer gesunden Erziehung mehr und mehr ausfällt und die Schule dieses Manko ausgleichen soll!

Wie wichtig dieser Unterricht eingeschätzt wird, geht aus der Tatsache hervor, dass sich trotz der autonomen Bedeckung dieser Werteinheiten durch die Schulen selbst noch immer an die 150 Schulen „diesen Luxus leisten“. Kann man bei dieser Eigenleistung tatsächlich noch länger warten?? Schon Ödön von Horvath hat in seinem Buch „Jugend ohne Gott“ aufgezeigt, wohin eine Gesellschaft driftet, wenn sie ohne Werte aufwächst – und so manche Strömung und politische Gruppierung scheint sich auch heutzutage wieder dieser Defizite in populistischer Manier zu bedienen!

Mit der Erfüllung des §2 SchUG (wie auch des Grundgesetzes in der Verfassung) wäre genau dieses erzieherische Defizit auszugleichen – und das sollte uns unsere Jugend doch wert sein!!

Zur Person: Dr. Michael Jahn

Lehramtsstudium Mathematik und Leibesübungen/ Sport, staatlicher Schullehrwart, Landesschullehrer und Trainer, Danträger Ju-jitsu.
Seit 1978 Unterrichtstätigkeit AHS, Lektor Univ.Salzburg und für Ethik Univ.Wien/Inst. f. Phil, Lehrbeauftragter f. Ethik an der KPH, Schulmanagement-Trainer BMUKK, 1999 Dissertation.
Seit 1995/96 Direktor am BORG I, Hegelgasse 12 (ehemalige Lehrerbildungsanstalt);
Bücher „Jugend und Sucht“, ÖBV 2001; „Sportethik – Verdammt zum Siegen“ Hollinek 2010;
Seit 1983 verheiratet, Vater 2er Kinder.

Qualitätsbeweis für unsere Schulen: Fairness-Award 2010

Drei von neun prämierten Projekten wurden an niederösterreichischen AHS entwickelt und umgesetzt:



Mag. Eva Teimel
Obfrau der VCL NÖ

Am 21. Juni stand die AHS im Rampenlicht: Im Museumsquartier wurde das Geheimnis gelüftet, welche Schulen aus ganz Österreich diesmal den Fairness-Award erringen konnten. Die Gewinner durften sich über eine Urkunde, eine Stele und einen Scheck im Wert von 1.500 € (1. Platz), 1.000 € (2. Platz) bzw. 500 € (3. Platz) freuen. Neben Bundesministerin Dr. Claudia Schmied gratulierte auch HR Hermann Helm, der Präsident des NÖ Landesschulrates. Auch die Musicalstars und Testimonials des Awards, Marjan Shaki und Lukas Perman, zeigten sich beeindruckt.

Eine hochkarätige Expertenjury hatte aus 72 Einreichungen die besten Projekte ausgewählt. Drei niederösterreichische AHS (Gymnasium Bad Vöslau, BORG Scheibbs und BORG Mistelbach) erhielten mit dem Preis eine kleine Bestätigung für ihre Arbeit: Vielfache Bemühungen um ein gutes Schulklima, um einen wertschätzenden Umgang zwischen SchülerInnen und LehrerInnen zahlen sich in vielfacher Hinsicht aus. Motivierte LehrerInnen sind die wichtigsten Stützen unseres Schulsystems und sollten durchaus öfter vor den Vorhang geholt werden.

Die VCL-News wollen dafür ein Forum sein. Daher werden die drei Erfolgsprojekte im Folgenden kurz präsentiert. Nachahmung erlaubt!

Expositur Bad Vöslau-Gainfarn des Gymnasiums des BG Baden Frauengasse:

1. Platz, Altersgruppe 11 – 14:
„Gesunder Geist, gesundes Herz, gesunder Körper“

Projektleitung: Mag. Sabine Kuen
Direktorin: Mag. Claudia Sasshofer

„In unserer Schule ist es allen KollegInnen inklusive der Schulleitung ein Anliegen, dass jedes Kind neben dem klassischen Wissenserwerb auch in Herzensbildung und Körper- bzw. Gesundheitserziehung unterrichtet wird. Nur wenn alle drei Bereiche – Intellekt, Körper und Herz – als Einheit betrachtet werden, kann von einer Erziehung gesprochen werden – zumal in der heutigen Zeit viele Aufgaben vom Elternhaus nur mehr zum Teil wahrgenommen werden können (Berufstätigkeit der Eltern, Einzelkinder usw.). Aus der Beobachtung, dass zahlreiche Kleinprojekte in dieser Hinsicht von einzelnen engagierten KollegInnen für ihre jeweilige Klasse durchgeführt wurden, entstand die Überlegung, diese Ideen zu sammeln und in ein gemeinsames Konzept einzubinden. Dazu hat sich im November 2009 eine Projektgruppe gebildet. Ziel ist, dass es nicht an der Einzelinitiative eines Klassenvorstands liegen darf, welche Projekte zur Verbesserung des Klassenklimas, der Gesundheitsförderung, der Herzensbildung, der Konfliktlösungskompetenz usw. eine Klasse bzw. eine SchülerInnengruppe erlebt.“

Als Ergebnis der Tätigkeit der Projektgruppe werden nun in jeder Jahrgangsstufe Schwerpunkte gesetzt.

Die **5. Schulstufe** steht unter dem **Motto „Wir sind eine Klasse – wir werden ein Team“**. Outdoorstage zur Förderung der Gemeinschaftsbildung bilden den Anfang in der 5. Schulstufe.

Den Schwerpunkt der **6. Schulstufe** bildet das Thema Kommunikation („**Vom Ich zum Du – wie kommuniziere ich geschickt?**“). Die Schülerinnen und Schüler sollen sich mit dem Umgang mit neuen Kommunikationsmitteln, Internet und Handy, auseinandersetzen.

Die **Beschäftigung mit der Entwicklung der eigenen Persönlichkeit und des Körpers** steht im Blickpunkt des Interesses der **7. Schulstufe**, unter anderem gibt es die Möglichkeit, einen Workshop zur Selbstverteidigung zu besuchen. Zu Fragen der Sexualität steht die Schulärztin als kompetente Ansprechperson zur Verfügung und übernimmt die Durchführung von themenbezogenen Projektteilen.

In der **8. Schulstufe** erfolgt eine **verstärkte Auseinandersetzung mit den Anforderungen der Gesellschaft außerhalb der Schule**. Bei Informationsvormittagen mit Polizei und Bewährungshilfe stehen rechtliche Aspekte im Vordergrund, weitere Outdoorseinheiten zielen auf die Stärkung des Selbstwertgefühls im Sinne der Suchtprävention.

Ab dem Schuljahr 2011 wird auch die Peer-Mediation beginnend für SchülerInnen der achten Schulstufe und älter als Teil des Projektes an der Schule implementiert.

Die Mitglieder der Arbeitsgruppe dienen allen KollegInnen als Ansprechpersonen für Fragen, Austausch, Informationsgewinnung und Weitervermittlung. Ein großer Erfolg ist, dass alle KollegInnen und Kollegen dieses Projekt mittragen!“

BORG Scheibbs:

1. Platz, Altersgruppe 15 – 19: „Frei leben ohne Gewalt – Starke Schülerinnen zeigen auf“

Projektleitung: Mag. Sabine Böhm und Mag. Sandra Hackl
Direktor: Mag. Andreas Schmid

„Der 21. Juni war ein großer Tag für die Schülerinnen des BORG Scheibbs. Beim Festakt im Wiener Museumsquartier wurden die Schülerinnen und ihre Projektbetreuerinnen Mag. Sabine Böhm und Mag. Sandra Hackl sowie Dir. Mag. Andreas Schmid ausgezeichnet. Das BORG Scheibbs konnte mit seiner Umsetzung ➔

→ Fairness-Award 2010



des Themenbereichs Gewaltprävention punkten und holte sich den verdienten Sieg. Am Ende dieses ereignisreichen Tages waren sich die Schülerinnen einig, dass sie einen Großteil des Preisgeldes karitativen Einrichtungen spenden wollen. Bereits im Herbst startete man unter der



Leitung von Mag. Elfriede Strauß mit den Projektvorbereitungen zum konkreten Thema „Gegen Gewalt an Frauen“. Die Klassen 5B/I, 6A und 7A/C (Wahlpflichtfachgruppe PPP) erarbeiteten in Workshops, im Unterricht und auch in ihrer Freizeit u.a. eine Zeitung zum Projekt (mit Fotostory, Texten, Interview mit Vertretern der örtlichen Polizei). Beim Aktionstag vor dem Scheibbs Rathaus im November wurde mit einem lautstarken Marsch durch die Innenstadt, der Präsentation der Projektzeitung, musikalischen und literarischen Beiträgen sowie einer Ausstellung im Rathaus auf das Thema aufmerksam gemacht. Höhepunkt des Ak-

tionstages war das Entrollen des Banners und Spruchbandes vom zweiten Stock des Rathauses.

Die Planungen für eine Fortsetzung des Projektes in den nächsten Schuljahren laufen bereits.“

BORG Mistelbach:

3. Platz, Altersgruppe 15 – 19

Projektleitung: Mag. Claudia Hermann

Direktorin: Mag. Isabella Zins

„Der 1. Teil des Projektes beinhaltet eine intensive Zusammenarbeit (inkl. eines gegenseitigen Besuchs) mit dem Jüdischen Bildungszentrum JBBZ und dem musischen Teil der 8. Klassen (8BnCe) zum Thema Ausgrenzung, dem eine Präsentation, eine gemeinsam einstudierte Performance mit Texten und Cayon-Begleitung, im JBBZ folgte.

Der 2. Teil des Projektes wurde in Form eines Aktionstages für alle Schüler zweier 8. Klassen (8b+8c) abgehalten, der als Impuls zur Weiterbearbeitung und Vertiefung des Themas Ausgrenzung in anderen Fächern wie Deutsch und Geographie diente. Als Verbindungselement der beiden Teile des Projekts fungierte der Besuch des Films „Little Alien“.

Der Aktionstag startete mit einer einstündigen **Aufwärmübung** (geleitet von Mag. Blasch), in der die Raum-, Körper- und Selbstwahrnehmung der Schüler durch eine willkürlich inszenierte Stigmatisierung sensibilisiert wurden. In der **Station „Ich mache mir ein Bild über den anderen“ (Kunst)** stellten sich die SchülerInnen unter Anleitung von Mag. Furlinger als schweigende Models zur Verfügung. Die

Idee dahinter war, den Schülern deutlich zu machen, wie oft wir dabei wortlos zu sehen müssen, wenn andere sich über uns ein – zum Teil falsches – Bild machen. In der **Station „Gewaltfreie Kommunikation“ (Psychologie)** wurden die SchülerInnen von Mag. Wilfinger dazu ermutigt, sich Gedanken über die positiven Eigenschaften der anderen Teilnehmer der Gruppe zu machen und diese zu verbalisieren. Dass es einfache Wege und Möglichkeiten gibt, einander zu bestärken und ein Gefühl der Zugehörigkeit zu geben, wurde den Schülern in der Aktivität „Clapping Hands“ vermittelt. In der **Station „Wie im richtigen Leben“ (Rollenspiel)**, angeleitet von Mag. Fleischmann und Mag. Blasch, wurden den Schülern Rollen zugeteilt, die verschiedene soziale Schicksale darstellen, um am eigenen Leib zu spüren, wie weit man mit einem bestimmten Schicksal in der Gesellschaft vorankommen kann oder eben nicht. **Entspannung** bot abschließend eine von Mag. Hermann angeleitete Fantasiereise. Nach einem kurzen **Vortrag über „Gewaltfreie Kommunikation“ aus psychologischer Sicht** klang der intensive Aktionstag mit einer gemeinsamen Reflexionsphase aus. Eine Wiederholung des von den SchülerInnen als sehr gut bewerteten Projekts ist geplant.“



Mag. Isabella ZINS
Bundesobfrau der Vereinigung christlicher Lehrerinnen
und Lehrer an höheren Schulen in Österreich



Sehr geehrte Damen und Herren!

Die VCL begrüßt eine umfassende Diskussion über die zukünftige Ausgestaltung der Bildung für Personen in pädagogischen Berufen. Unseres Erachtens gibt es einige Grundbedingungen, die erfüllt sein müssen:

- Weder im pädagogischen noch im fachwissenschaftlichen oder fachdidaktischen Bereich darf es zu einem Absenken bisher verlangter Ausbildungsanforderungen kommen. Dieses Bekenntnis finden wir zwar in der Empfehlung „LehrerInnenbildung NEU“, doch sehen wir das in einigen konkreten Vorschlägen im Bericht nicht verwirklicht.
- Eine fünfjährige Ausbildung für LehrerInnen der Sekundarstufe ist internationaler Standard, wobei der fachwissenschaftliche Anteil – zumindest in der Ausbildung für die Sekundarstufe II – selten unter siebzig Prozent liegt.¹ Wollte Österreich dem internationalen Trend folgen, müsste bei allen Lehramtsstudien, auch den universitären, – anders als wiederholt kolportiert – die fachwissenschaftliche Ausbildung stärker betont werden als bisher, da ja auch das Unterrichtspraktikum zur Ausbildung zählt.
- Eine Reform der Ausbildung der LehrerInnen der Sekundarstufe kann nur dann eine Verbesserung sein, wenn sie auf Masterniveau angesiedelt ist. Wir fordern daher Magister- oder Masterstudien für alle LehrerInnen. Für zukünftige AHS-LehrerInnen fordern wir jedenfalls ein universitäres Magister- bzw. Masterstudium.
- Erforderlich ist eine gleichWERTIGE LehrerInnenausbildung auf höchstem Niveau, die auf unterschiedliche Aufgaben bestmöglich vorbereitet, aber zweifellos KEINE GLEICHE LehrerInnenausbildung. Die Anforderungen an LehrerInnen sind so vielfältig, dass sie SpezialistInnen anvertraut werden müssen: Ein Volksschulkind, ein Kind mit sonderpädagogischem Förderbedarf und ein junger Erwachsener kurz vor der Reife- oder Diplomprüfung – sie alle haben andere Stärken, Schwächen und Bedürfnisse. Nur SpezialistInnen können ihnen optimal Rechnung tragen.
- Eine LehrerInnenausbildung der Zukunft muss „Auswege“ eröffnen. Aufgrund der ständig steigenden Lebenserwartung wird immer wieder ein höheres Pensionsantrittsalter angedacht. Manche LehrerInnen werden aber gesundheitlich nicht in der Lage sein, diesen psychisch sehr belastenden Beruf vier Jahrzehnte hindurch oder länger auszuüben.
- Berufspraxis im Rahmen des Studiums wird begrüßt, ein berufsbegleitendes Masterstudium in der Form, wie es im Bericht empfohlen wird, lehnen wir hingegen ab. Es würde den Beruf extrem unattraktiv machen, wenn man eine qualitativ hochwertige Ausbildung erreichen möchte, da man im Lehrberuf länger als in jedem anderen Beruf bräuchte, um eine vollwertige Ausbildung und damit verbunden wohl auch vollwertige Bezahlung zu erhalten. Wir schlagen hingegen vor, im Rahmen eines grundsätzlich viersemestrigen Masterstudiums einen entsprechenden Praxisblock einzufügen.
- Zweifellos werden neue Ausbildungswege Auswirkungen auf die dienst- und besoldungsrechtliche Stellung neuer LehrerInnen haben. Diese sind sozialpartnerschaftlich zwischen den dazu berufenen Personen und Institutionen zu verhandeln.

Mit freundlichen Grüßen
 Mag. Isabella ZINS e. h.
isabella.zins@aon.at

Mistelbach, 16.9.2010

¹ Siehe Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften, Schlüsselzahlen zum Bildungswesen in Europa 2005, Luxemburg 2005, S. 209-211.

„Eine Verfolgung, von der niemand spricht“

Auf den Radarschirmen der Selbstzufriedenen im Westen erscheint das Problem der Christenverfolgung selten.

Dr. Paul Schulmeister

war von 1972 bis 2004
beim ORF, insgesamt
15 Jahre Deutschland-
Korrespondent in Bonn
und Berlin. Seither freier
Journalist in Wien



Wir leben in aufgeklärten Zeiten, so heißt es. Demokratie und Menschenrechte, Verfassung und praktische Vernunft umzirkeln den Garten unserer Zivilisation. Mögen sich draußen die Stürme des Aberglaubens und der Ignoranz austoben: Hier sind wir geschützt und sicher – ein „Hortus conclusus“ des säkularen Fortschritts. Doch ist es so?

Mitten in unserem Garten der Vernunft kommt es zu Rückschlägen, die schwer erklärlich sind. Immer wieder haben wir im 20. Jahrhundert einen Zusammenbruch des Menschlichen erlebt. Von der „Blendung“ (Canetti) bis zum „Verblendungszusammenhang“ (Adorno), von der „Dialektik der Aufklärung“ bis zum universalistischen Vernunftdiktat der „pensée unique“ (Lyotard) spannt sich der Bogen jener Stichworte, die das Unerklärliche erklären wollen. Die Skeptiker unter den Humanisten bewahren sich ihre Resthoffnung in der Formel, der Homo sapiens sei eben das „Missing Link“ zum Menschen des kommenden Morgenrots.

Nehmen wir das Beispiel Religionsfreiheit. Es ist die Freiheit, seinen Glauben öffentlich zu praktizieren, andererseits die Freiheit, in einer säkularen Gesellschaft von Religionsansprüchen nicht behelligt zu werden. Wo verläuft die Grenze? Ja zu Fronleichnamsprozessionen? Nein zum Kreuz im Klassenzimmer? Wer auf die europäischen Kontroversen der vergangenen Jahre blickt, wird schwerlich leugnen können, dass inzwischen die Forderung

nach „negativer“ die nach „positiver“ Religionsfreiheit übertönt.

Die „neuen Atheisten“ verbinden Religion ausschließlich – nicht selten auf kläglichem Niveau – mit Unfreiheit und Unterdrückung. Seien die Christen in ihrer Geschichte nicht immer wieder als Verfolger dessen aufgetreten, was sie als häretisch oder unwahr ansahen? Erschütternd war es, als Papst Benedikt XVI. vor Kurzem einbekannte, dass „die größte Verfolgung“ der Kirche nicht „von den äußeren Feinden“ komme, sondern aus dem Inneren, „aus der Sünde in der Kirche“ selbst. Der Rückblick auf vergangene Verirrungen, ja Schandtaten des Christentums, erleichtert es jedenfalls, nichts Näheres über die gegenwärtige Unterdrückung von Christen wissen zu wollen.

Diese Verfolgung stößt heute auf eine fast unheimliche Nichtbeachtung. Etwa jeder zehnte Christ wird weltweit wegen seines Glaubens diskriminiert oder verfolgt – insgesamt weit mehr als 200 Millionen Menschen in 60 Staaten. Nach Schätzungen der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte und des Internationalen Instituts für Religionsfreiheit sind weltweit rund 80% der religiös Verfolgten Christen. Bei den aus religiösen Gründen Ermordeten entfallen ebenfalls 80% auf Christen. Ein zunehmend entchristlichtes Europa scheint das kaum zu kümmern. Unkenntnis und Passivität nähren den Abstumpfungsprozess. Doch die bedrängten Christen bräuchten Fürsprecher – wo sind sie?

Auffallend ist, dass viele Menschen beim Stichwort „Christenverfolgung“ zunächst die römische Antike assoziieren, den Massenschrei „Christiani ad leones!“ und die Reihe der mörderischen Herrscher von Nero bis zu Diokletian. Die Christenverfolgungen der Neuzeit bestimmen das Bewusstsein nicht.

Tausende ermordete Priester und Nonnen im republikanischen Spanien der 1930er-Jahre? Achselzucken, eventuell die Gegenfrage: „Waren die meisten nicht Franco-Anhänger?“ Abermillionen getötete Christen unter Stalin? „Furchtbare Ausreißer einer Ideologie.“ Hitlers kaum verdeckte Absicht, nach den Juden auch die Christen zu vernichten? „Gott sei Dank Geschichte.“ Bei den Massenverbrechen im „Zeitalter der Extreme“ (Eric Hobsbawm) neigen wir dazu, eher die ideologischen als die antireligiösen Wurzeln zu erkennen.

Vier Vorzeigekirchen

Am schlimmsten ergeht es den Christen heute in Nordkorea. Beim Weltverfolgungsindex der überkonfessionellen US-Organisation „Open Doors“ steht das kommunistische Land seit Jahren an der Spitze, gefolgt von Iran, Saudiarabien und Somalia (China auf Platz zwölf). Laut Amnesty International sind bis zu 250.000 Nordkoreaner in Arbeits- und Umerziehungslagern eingesperrt. Auf die im Untergrund lebenden Christen wird Jagd gemacht. In der Vergangenheit kam es immer wieder zu Massenexekutionen. Vier „Vorzeigekirchen“ existieren noch in ganz Nordkorea.

Von den zehn Ländern an der Spitze des Weltverfolgungsindex sind acht islamisch. Am bedrückendsten ist die Christenverfolgung im Irak. Sunnitische Terrorgruppen verüben gezielt Anschläge, vor allem im Raum Mossul und Kirkuk. Bischöfe und Priester wurden ermordet, Familien mit Gewalt vertrieben. 1987 lebten noch 1,4 Millionen Christen im Zweistromland, heute weniger als 400.000. Die christlichen Gemeinden im Irak zählen zu den ältesten der Welt. Heute ist ein schleichender Genozid im Gang, den niemand stoppen kann und will. Auch die EU jammert nur kraftlos-leise.

In Saudiarabien ist es der wahabbitische Islam, der Christen drakonisch unterdrückt. Tausende Religionspolizisten sind im Einsatz. Religionswechsel ist mit dem Tod bedroht. Bibeln und alle christlichen Bücher sind verboten. In Afghanistan hat vor vier Jahren der Fall Abdul Rahman, der wegen seiner Konversion zum Christentum hingerichtet werden sollte, für Aufregung gesorgt – unter dem Druck der Weltöffentlichkeit wurde er „gnadenhalber“ für geisteskrank erklärt und abgeschoben.

Auch in Indonesien und Malaysia, in Indien, Somalia und im Sudan (mit zehntausenden christlichen Sklaven), in Nigeria und Marokko gibt es unzählige Fälle von Christenverfolgungen. In der offiziell laizistischen Türkei werden immer wieder Christen Opfer von Mordanschlägen aufgehetzter Moslems (zuletzt Bischof Luigi Padovese in Iskenderun: erstochen, verstümmelt und enthauptet). Die EU-Beitrittsverhandlungen haben die Lage der 100.000 Christen in der Türkei bisher kaum verbessert.

„Wenn sie mich verfolgen, werden sie auch euch verfolgen“, sagt Jesus seinen Anhängern voraus (Joh 15,20). Tatsache ist, dass – generell gesehen – das Christentum am schnellsten in jenen Staaten wächst, in denen die Menschenrechte verletzt oder ignoriert werden. In den vergangenen vier Jahrzehnten hat sich der christliche Bevölkerungsanteil in Afrika verdreifacht, in Lateinamerika verdoppelt, in Asien fast vervierfacht. Schätzungen besagen, dass sich allein in China trotz aller Repressionsgefahr jeden Sonntag mehr Christen zum Gebet versammeln – vor allem in der aufblühenden „Hauskirchenbewegung“ – als in ganz Westeuropa.

Hochgefährliches Christentum

Auf den Radarschirmen der Selbstzufriedenen im Westen erscheint das Problem der Christenverfolgung nur selten. Die meisten blenden aus, was nicht zu verstehen ist oder was ihr Selbstbewusstsein gefährdet. Der christliche Glaube war schon „den Juden ein Ärgernis, den Heiden eine Torheit“, wie Paulus schrieb. Ein Glaube,

der zur Sozialmoral verschlankt wäre, würde womöglich nicht verfolgt werden, meint der Zeitgeist.

Eine solche Auffassung verfehlt freilich das Wesentliche des Verfolgungsphänomens. Viele atheistische oder radikal-islamische Machthaber halten das Christentum entweder für eine auszutilgende Irrlehre oder wegen der Affinität zu Demokratie und Menschenrechten für hochgefährlich. Gefährlich erst recht wegen des überproportional schnellen Wachstums christlicher Gemeinden in den Verfolgerstaaten.

Doch das sind nur Teilerklärungen. Die Verfolgung gilt dem Glaubenskern selbst. Jesus war es, der seinen Jüngern prophezeite: „Um meines Namens willen werdet ihr von allen gehasst werden.“ (Mt 10,22).

„Die Presse“ vom 9. August 2010
Nachdruck mit freundlicher Genehmigung
des Autors und der Presse.

Das Menschenrecht auf Religionsfreiheit

Ein exemplarischer Versuch zur Menschenrechtspädagogik

HR Dr. Christine Mann
Leiterin des erzbischöflichen Schulamtes



Das Jahr 2009 wurde zum Jahr der Menschenrechtsbildung ausgerufen. Es zählt sich daher im Sinn einer zu verstärken Menschenrechtspädagogik an Österreichs Schulen aus, einschlägige Fragen auch im Unterricht zu thematisieren. Im Folgenden soll ein konkreter exemplarischer Zugang anhand eines einzelnen Menschenrechts gelegt werden. Wir leben in einem Land und auf einem Kontinent, in denen zwar zahlreiche Diskussionsfelder um die Frage von Religionsfreiheit

bestehen, sie selbst aber in hohem Maß gesichert ist und auch gelebt wird. Eine der Grundannahmen menschenrechtspädagogischer Ansätze besteht darin, dass SchülerInnen durch das Verständnis und die Wahrnehmung eigener Freiheit befähigt und ermutigt werden können, auch für die Rechte anderer Menschen aktiv einzutreten.

Rechtliche Absicherungen

Inwieweit Religionsfreiheit geachtet oder missachtet wird, hängt in rechtlicher Hinsicht von den großen internationalen Menschenrechtsdokumenten ab, die selbst Ausdruck von Rechtsüberzeugung sind, aber das Rechtsbewusstsein der Menschen zugleich ihrerseits prägen.

An entsprechenden völkerrechtlichen Dokumenten hat vor allem die „Allgemeine Erklärung der Menschenrechte der

Vereinten Nationen“ vom 10. Dezember 1948 Bedeutung. Große regionale oder kulturelle Einheiten haben in Anlehnung an diese Charta eigene Menschenrechtserklärungen formuliert: für Europa die „Europäische Menschenrechtskonvention“ 1950 und die „Grundrechtscharta der EU“ 2009, für den islamischen Raum die „Arabische Charta der Menschenrechte“ 2004, für Afrika die „Banjul-Charta der Menschenrechte und Völker“ 1981 und für den amerikanischen Kontinent die „Amerikanische Menschenrechtskonvention“ 1969.¹

Selbstverständlich sind auch die nationalen Gesetzgebungen, vor allem die Verfassungen, relevant für die Religionsfreiheit im konkreten Land. Diese ist grundsätzlich aber dann am besten gesichert, →

¹ Alle Texte stehen im Internet zur Verfügung.

→ Das Menschenrecht auf Religionsfreiheit

- wenn der jeweilige Staat sich als weltanschaulich neutral versteht, d. h. sich nicht einer einzigen religiösen oder areligiösen Überzeugung verpflichtet weiß,
- wenn das Recht auf Religionsfreiheit ausdrücklich verankert ist und
- ein Diskriminierungsverbot auch aufgrund religiöser Überzeugungen besteht.

Dimensionen von Religionsfreiheit

Es ist grundsätzlich zu unterscheiden zwischen kollektiver Religionsfreiheit, die die Rechte religiöser Gemeinschaften sichert, und individueller Religionsfreiheit, die die Rechte der einzelnen Person schützt und im Folgenden im Mittelpunkt steht.

Die positive Dimension von Religion bedeutet als Ausübungsrecht das Recht des Individuums, Religion zu haben und sie allein und in Gemeinschaft zu bekennen und zu praktizieren. Als negative Dimension gilt das Recht des Individuums, keine Religion zu haben und dementsprechend auch keine religiösen Akte vollziehen zu müssen.

Wie bei allen Menschenrechten hat der moderne Leistungsstaat damit nicht nur die Pflicht, den Einzelnen vor Zwang in jeder Richtung zu schützen, sondern auch eine Gestaltungspflicht hinsichtlich eines rechtlichen Rahmens, innerhalb dessen individuelle und kollektive Religionsfreiheit konkrete Umsetzung finden können.

Entwicklungen im islamischen Raum

Im Hinblick darauf, dass gerade im islamischen Raum die Religionsfreiheit immer wieder in Diskussion steht, soll dieser Aspekt genauer ausgeführt werden. Es steht leider fest, dass im Weltverfolgungsindex nach dem Fall des Eisernen Vorhangs religiöse Unfreiheit vor allem in islamischen Ländern festzustellen ist. Aber auch hier darf auf Entwicklung gesetzt werden, die sich in den islamischen Menschenrechtsdokumenten deutlich abzeichnet. In der „Islamischen Menschenrechtsdeklaration“, der sog. Kairoer Erklärung² aus 1990, wurden die Menschenrechte noch grundsätzlich der Scharia unterstellt, das Diskriminierungsverbot stellte zusätzlich auf den wahren Glauben ab. In der „Arabischen Charta der Menschenrechte“ aus 2004 erfolgte dann aber eine Anpassung an die internationalen Menschenrechts-

standards. Es existiert nun auch für islamische Länder ein uneingeschränktes Diskriminierungsverbot sowie ein allgemeines, vor allem aber auch ein spezielles Recht auf Religionsfreiheit für Minderheiten.

Der Erfahrungsaustausch mit jenen westlichen Ländern, in denen dem Islam unter dem Aspekt der Gleichbehandlung die gleichen Rechte wie allen anderen gesetzlich anerkannten Kirchen und Religionsgesellschaften zukommen, etwa mit Österreich, bedeutet eine weitere Chance, dass endlich Änderungen in der vielfach unerträglichen Situation von ChristInnen in etlichen islamischen Ländern eintreten. Jedenfalls wird man nach dem Prinzip des völkerrechtlichen Grundsatzes der Gegenseitigkeit nicht aufhören dürfen, sie einzufordern.

Ein Realitätscheck

In der konkreten Realität von Verfolgung gläubiger Menschen geht es natürlich nicht nur um Fragen des Rechts, sondern um internalisierte Überzeugungen und Handlungen der Verfolger, die sich weder in religiösen Grunddokumenten noch in irgendeinem Recht begründen lassen. Es geht einfach um Macht, um Fundamentalismen, auch um die Frage von Mehrheit und Minderheit. Ein klassisches Beispiel ist die Situation im kommunistischen Nordkorea, wo Religionsfreiheit auf Verfassungsebene abgesichert ist, aber de facto konsequente und rücksichtslose Verfolgung das Leben der dortigen ChristInnen prägt.

Diskussionen auch in Österreich

Obwohl in Österreich die Religionsfreiheit in all ihren Dimensionen im Verfassungsrang bestens abgesichert sind³, ergeben sich immer wieder Diskussionen in konkreten Einzelfällen. In ihnen geht es meist um Abwägungen zwischen der grundsätzlich nicht schrankenlos gewährten Religionsfreiheit einerseits und staatsbürgerlichen Pflichten, Rechten anderer Menschen und der öffentlichen Ordnung und Sicherheit andererseits.

Erst zuletzt entschied der Verwaltungsgerichtshof⁴, dass die Nichterfüllung der Schulpflicht nicht durch religiöse Gründe gerechtfertigt werden kann. Die Frage, in welchem Verhältnis Tierschutz und Religionsfreiheit zueinander stehen, ist etwa in Hinblick auf das Schächten relevant und

in Österreich und in Deutschland von den Höchstgerichten nicht gleichlautend beschieden worden. Als immer wieder aufregendes Beispiel für ein Grundrecht, das in seiner Ausübung mit der Religionsfreiheit in Konflikt geraten kann, sei die Kunstfreiheit genannt. Auch verschiedene Komponenten der Religionsfreiheit können zueinander in Konkurrenz treten, wie das vorläufige Urteil des EGMR⁵ zur Frage „Kreuz im Klassenzimmer“ zuletzt gezeigt hat. Die öffentliche Ordnung und Sicherheit könnte als mögliche Schranke für die Religionsfreiheit etwa in Hinblick auf die Frage, ob das Tragen einer Burka erlaubt ist, herangezogen werden.



Christian Solidarity International

CSI ist die hoch spezialisierte Menschenrechtsorganisation, die sich weltweit für ChristInnen einsetzt, die um ihres Glaubens willen verfolgt werden. Mit Spenden für Anwälte, Medikamente oder auch Nahrungsmittel wird ChristInnen geholfen, im Gefängnis zu überleben und wieder frei zu kommen. Mit Petitionen, Protestkundgebungen und Lobbying in Wirtschaft und Politik, also mit professioneller Menschenrechtsarbeit, wird das Augenmerk auf jene etwa 250 Millionen ChristInnen gelenkt, die von Religionsfreiheit nur träumen können. Weltweite Vernetzung macht Hilfe möglich – damit Religionsfreiheit kein Fremdwort bleibt. Gelebte Solidarität gibt verfolgten ChristInnen auf der ganzen Welt die Sicherheit, dass sie in Wort, Tat und Gebet unterstützt werden.

² Art 1: „Alle Menschen sind gleich im Sinne der grundlegenden Menschenwürde ... Wahrer Glaube ist die Garantie für den Genuss solcher Würde auf dem Weg zur Vervollkommenheit des Menschen.“

Art. 12: „Jeder kann denken, glauben und zum Ausdruck bringen, was er denkt und glaubt, ohne dass ein anderer einschreitet oder ihn behindert, solange er innerhalb der allgemeinen Grenzen, die die Scharia vorschreibt, bleibt. Nicht erlaubt ist die Verbreitung von Unwahrheit.“

³ Art 14 und 15 StGG, Art 63 Staatsvertrag von St. Germain, sowie Art 9 EMRK

⁴ VwGH 12.8.2010, GZ 2008/10/0304.

⁵ EGMR 30814/06.



CSI



CHRISTIAN SOLIDARITY INTERNATIONAL
ÖSTERREICH

www.csi.or.at – csi@csi.or.at – Tel. 01/712 15 07

**Wir unterstützen weltweit
*verfolgte Christen***

Forum Ostarrichi 2010: „Werden sie glauben?“

Das 21. Forum Ostarrichi des Katholischen Laienrates Österreich (KLRÖ) fand vom 26. – 29. August 2010 in Neuhofen/Ybbs statt. Die Vorträge und Diskussionen galten der Frage, wie junge Menschen heutzutage für den Glauben begeistert werden können. Organisiert wurde die Tagung von KLRÖ-Präsident Mag. Wolfgang Rank, dem ehemaligen Bundesobmann der VCL, der die VCL nun prominent in diesem Verband aller katholischen Laienorganisationen in Österreich vertritt. Am Anfang stand eine Bestandsaufnahme, welche Werte Kinder und Jugendliche heute ansprechen (Landtagsabgeordneter Mag. Lukas Mandl) und welche christlichen Werte wir anbieten können (Weihbischof DI Mag. Stephan Turnovszky). Mag.a Veronica Schwed schilderte die oft schwierigen Voraussetzungen für Familien und mögliche Begegnungen mit dem Glauben im Familienleben. Neben Wissensvermittlung und Lebenskunde ermöglicht der Religionsunterricht in Österreich auch Begegnungen mit dem Glauben, betonte HR Dr. Christine Mann. In den Berichten der Pfarrer Mag. Gerald Gump und Dr. Helmut Prader zeigte sich das oft unterschied-



liche Pfarrleben einer Großstadtpfarre und einer Pfarre im ländlichen Raum. Barbara Rohacek illustrierte das Wirken einer Jungschargruppe in der Praxis, Mag. (FH) Sebastian Rappl die prägenden Gedanken und ihre Umsetzung in den Aktivitäten der Katholischen Jugend Oberösterreich. Auch andere Mitgliedsorganisationen des KLRÖ sehen in der Arbeit für Kinder und

Jugendliche ihre zentrale Aufgabe bzw. ein Aufgabengebiet. Interessante Diskussionen und angeregter Meinungsaustausch der TeilnehmerInnen rundeten die perfekt organisierte Veranstaltung im gastfreundlichen Neuhofen/Ybbs ab.

Detaillierte Informationen unter:
www.laienrat.at

Einladung

Kabarettabend der VCL
NÖ und Wien

„Erstklassik“

von Clemens Maria Schreiner

Beginn: 19 Uhr
im Anschluss lädt die VCL
zu einem gemütlichen Beisammensein
mit Buffet

Mittwoch, 13. Oktober 2010 im Festsaal des G9, Wasagasse 10, 1090 Wien



Die vier größten Landesverbände stellen sich vor:



VCL Niederösterreich

Obfrau Mag. Eva Teimel

Lehrerin für Latein, Geografie und Wirtschaftskunde und Griechisch am BG/BRG Baden, Biondegasse; stellvertretende Vorsitzende des Fachausschusses Niederösterreich und der Landesleitung der AHS-Gewerkschaft

Wohnort: Gumpoldskirchen

Kontakt: eva.teimel@oepeu.at, Handy: 0676/3301660



VCL Oberösterreich

Obmann Mag. Robert Michelic

Direktor des BRG Landwiedstraße in Linz, Schulentwickler, Informatiker

Kontakt: vcl@michelic.net, Handy: 0650/8021054



„Wir Pädagoginnen und Pädagogen wissen sehr gut, was eine gut funktionierende Schule braucht und was sie nicht braucht. Eine Vereinigung wie die VCL kann viel dazu beitragen, dass diese Kompetenz auch gehört wird.“

„Mein Motto: Wenn eine Tür zugeht, dann geht eine andere auf.“

Zum Start ins neue Schuljahr veranstaltet die VCL NÖ gemeinsam mit der VCL Wien einen Kabarett-Abend mit Clemens Maria Schreiner: „Erstklassik“ am 13. Oktober um 19 Uhr im BG 9, Wasagasse. Weiters bieten wir jährlich zwei große Vortragsveranstaltungen und Service, besonders für JunglehrerInnen.

Nach einer hochkarätig besetzten Diskussion zum Thema «Neues Schuljahr – alte Probleme?» am 4.10. in der Johannes Kepler Universität wird am 9.11. in Linz ein Vortrag von Univ. Prof. Dr. Peter Kampits stattfinden: „Bildung – quo vadis?“ Daneben organisiert die VCL Oberösterreich ein Volleyballturnier, eine Semesterschiwoche und Seminare, z. B. zu den Themen Konfliktmanagement und Provokativpädagogik.



VCL Steiermark

Obmann ÖStR. Mag. Peter Pichler

prov. Leiter des BG/BRG 8580 Köflach, Piberstraße 15

Wohnort: Lieboch

Kontakt: p_pichler@aon.at, Handy: 0664/9605291



VCL Wien

Obfrau Mag. Vera Aue

Direktorin des Lise Meitner-Realgymnasiums Schottenbastei 7-9, 1010 Wien

Wohnort: 1140 Wien

Kontakt: vera.aue@gmx.at, Handy: 0664/5410023



„Das Motto unseres Landesverbandes: Beratung, Bildung und Information, Geborgenheit und Geselligkeit“

Von den jährlich im Schnitt fünf Veranstaltungen unterschiedlichster Art gibt es im Kalenderjahr 2010 noch zwei: eine Veranstaltung zum Thema „Alternative Unterrichtsformen“ mit Prof. Mag. Valentin Gillich in der 2. Oktoberhälfte und den Adventgottesdienst Anfang Dezember mit Bischofsvikar Dr. Heinrich Schnuderl.

„VCL heißt für mich auch: Viele Clevere LehrerInnen!“

Nach einem gemütlichen Kabarettabend, zu dem die VCL Wien am 13. Oktober gemeinsam mit der VCL Niederösterreich einlädt, ist das Arbeitsjahr 2010 noch den Bildungsstandards und der Zentralmatura gewidmet. Tipp: Veranstaltung am 16. November im Alten Rathaus in Wien.



Sie wollen Mitglied werden?

E-Mail an die vorgestellten Landesvorsitzenden oder an die Bundesvorsitzende genügt:

isabella.zins@oepeu.at

Solidarität und Gerechtigkeit: **Wir leben**

Positionspapier der FCG-Österreich (Andreas Gjecaj, 2009)

Andreas Gjecaj
Generalsekretär
der Fraktion
Christlicher
Gewerkschafter
im ÖGB



Wie oft behaupten Menschen – nicht nur VertreterInnen von FCG und VCL, die das Wort „christlich“ auch in ihrem Namen tragen – von sich, dass sie sich zu „christlichen Werten“ bekennen! Was bedeutet dies in der heutigen Zeit eigentlich? Das neue Positionspapier der FCG-Österreich, 2009 entstanden und von Andreas Gjecaj im Rahmen der Jahreshauptversammlung der VCL NÖ am 21.4.2010 in Krems präsentiert, versucht darauf Antwort zu geben:

Ein kurzer Rückblick auf die wichtigsten bereits in der Juni-Ausgabe der VCL-News genannten Positionen:

- I. Im **globalen Kontext** fordert die FCG eine weltweite Ökosoziale Marktwirtschaft, die eine Balance zwischen einer leistungsfähigen Wirtschaft, sozialer Solidarität und Schutz der Umwelt herstellt. Mit Nachdruck fordert die FCG die Umsetzung neuer Regeln für die weltweiten Finanzmärkte. Ebenso gilt es, die „Millenniums-Ziele“ der UNO zu verwirklichen und die Geltung der Menschenrechte systematisch auszuweiten.
- II. Die FCG bekennt sich mit allem Nachdruck zur **Europäischen Union**. Mit ihrem Positionspapier will die FCG erreichen, dass sich die EU zu einem sozialeren Europa weiterentwickelt und als wirtschaftlich handlungsfähige Union das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger gewinnt.
- III. Auch in der politischen Gestaltung **nationalstaatlicher Politik** sieht die FCG den Zeitpunkt gekommen, neue Wege zu beschreiten:

ad III. NATIONALSTAATLICHE POLITIK

Der Soziale Dialog ist eine der wichtigsten und unverzichtbaren Errungenschaft der Länder Europas seit dem 2. Weltkrieg und bedeutet, konstruktiv und lösungsorientiert zu verhandeln. Durch diese konsensorientierte Verhandlungskultur konnten sich die Staaten Europas in einem Klima des sozialen Friedens zu einer der lebenswertesten Regionen dieser Erde entwickeln. Dieser Dialog darf weder für die Privatwirtschaft noch für den öffentlichen Dienst in Frage gestellt werden.

3.1. Arbeit neu denken

In vielen Ländern entstehen immer mehr (von den Menschen ungewollte) individualisierte und unsichere Arbeitsformen. Bei Neuformulierungen von nationalen Arbeitsgesetzgebungen (Arbeitsrecht) darf es nicht nur zu einer Zusammenfassung der verschiedenen arbeitsrechtlichen Bestimmungen in einem Gesetz kommen.

Es soll dabei zu keiner „Nivellierung nach unten“ kommen, vielmehr sind gewachsene Rechte beizubehalten. Die Rechte der Belegschaftsvertreterinnen und Belegschaftsvertreter müssen sowohl auf natio-

naler wie auf europäischer Ebene ausgebaut werden.

So genannte „prekäre Beschäftigungsverhältnisse“ müssen durch nationale Gesetzgebung eindeutig und wirksam geregelt werden. Gerade die Schwächsten brauchen erhöhten Schutz, der auch für prekäre Beschäftigungsverhältnisse (Scheinselbstständige, bestimmte freiberuflich tätige Berufsgruppen, atypische Arbeit etc.) verankert sein muss. Wir müssen mit allen Mitteln verhindern, dass Menschen in den Staaten Europas trotz Arbeit arm sind. Wir wollen keine „working poors“.

Der Jugend muss der Einstieg in das Berufsleben deutlich erleichtert werden. Sowohl bei den Lehrstellen als auch nach einem Hochschulabschluss, wo sehr oft nur unbezahlte „Praktika“ angeboten werden, müssen die Maßnahmen darauf abzielen, der Jugend eine echte Chance zu geben.

GUTE ARBEIT: Es entspricht den christlich-sozialen Grundwerten, dass mit Arbeit gleichzeitig Sicherheit des Arbeits-

platzes, eine umfassende Einbindung in die betriebliche Mitbestimmungs-, Informations- und Ausbildungskette, Möglichkeiten der Vereinbarkeit von Familie und Beruf, menschenwürdige Arbeitsbedingungen sowie ein angemessenes Einkommen verbunden sein müssen. Erst dann können wir von guter Arbeit sprechen.

Gerechter Lohn ist Voraussetzung für GUTE ARBEIT!

Es muss sichergestellt werden, dass Menschen mit einer 40-Wochenstunden-Beschäftigung so viel verdienen, dass mit dem Einkommen das Auskommen gefunden werden kann. Der Mindestlohn muss mindestens 150 Prozent des Existenzminimums im jeweiligen Land betragen.

3.2. Daseinsvorsorge

Die FCG fordert, Dienstleistungen zur Sicherung der Daseinsvorsorge, insbesondere Dienstleistungen in den Bereichen Wasserversorgung, Gesundheitswesen, Bildung, innere und äußere Sicherheit, im Bereich Hoheitsverwaltung an sich sowie in jenen Bereichen der Leistungsverwaltung, die von den Gebietskörperschaften

Werte! Teil 2

im Sinne des Subsidiaritätsprinzips organisiert werden, im Rahmen demokratischer Kontrolle nach dem Prinzip der Bürgernähe sicherzustellen. Das Risiko des Marktes ist mit der Gemeinwohlorientierung dieser Leistungen und den damit verbundenen Anforderungen nicht vereinbar! Marktöffnungen und Privatisierungen in diesen Bereichen entsprechen nicht der Interessenlage der Bevölkerung und werden daher entschieden abgelehnt.

Grundbedürfnisse wie z. B. Energie, die bereits marktwirtschaftlich zur Verfügung stehen, sind, wenn der Wettbewerb nicht funktioniert, über eine Wettbewerbsbehörde mit ausreichenden Kompetenzen einer amtlichen Preisregelung im Sinne der Bürgerinnen und Bürger zu unterwerfen. Wenn Energiekonzerne durch Preisabsprachen Milliardengewinne auf dem Rücken der Bürgerinnen und Bürger schreiben, können die Nationalstaaten diesem Treiben nicht tatenlos zusehen.

3.3. Mehr Steuergerechtigkeit

Die – jeweils national gestaltete – Steuerpolitik muss sich ständig um eine möglichst gerechte Verteilung der Lasten bemühen. So muss dafür gesorgt werden, dass die Verpflichtung zur anteilmäßigen Finanzierung des gemeinwohlorientierten Staates durch Steuer- und Abgabenleistung von allen wahrgenommen wird. Es müssen daher Steuerausstände eingehoben werden und Maßnahmen gesetzt werden, dass auch international agierende Unternehmen in jenen Ländern, in denen sie produzieren und ihre Produkte verkaufen, Steuerleistungen erbringen.

Die FCG fordert, dass der gemeinwohlorientierte Staat wieder ausgewogener finanziert wird. Nicht nur Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie Klein- und Mittelbetriebe, sondern auch international agierende und große Unternehmen müssen ihren gerechten Beitrag zur Finanzierung des gemeinwohlorientierten Staates leisten.

3.4. Gleichbehandlung

Die FCG fordert, den Grundsatz „Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit“ auch in der Privatwirtschaft umzusetzen. Es geht nicht an, dass aufgrund des Geschlechtes oder der Herkunft für gleichwertige Arbeit im gleichen Unternehmen unterschiedliche Löhne bezahlt werden. Um mehr Gleichbehandlung zu erreichen, sind Frauenförderpläne zu implementieren und bestehende Karenzmodelle ständig weiterzuentwickeln, sodass Benachteiligungen ausgeschlossen werden. Sinnvolle Integrationsmaßnahmen sollen Benachteiligungen von Einwanderern im Arbeitsleben verhindern.

3.5. Aktive Integrationspolitik

Die Staaten Europas benötigen – nicht zuletzt aufgrund der demografischen Struktur – auch in Zukunft Zuwanderung. Es ist jedoch strikt zwischen Zuwanderung und Asyl zu unterscheiden. Jenen Menschen, die in ihrem Heimatland verfolgt werden, müssen wir als europäische Staaten auch in Zukunft Hilfe anbieten. Das gebietet die Menschlichkeit. Es ist jedoch darauf zu achten, dass Missbrauch verhindert und die entsprechenden Verfahren rasch abgewickelt werden, sodass für alle in kurzer Zeit klare Verhältnisse gegeben sind.

Zuwanderung muss vor allem für jene Menschen offen stehen, deren Qualifikationen in den jeweiligen Ländern benötigt werden. Dabei ist darauf zu achten, dass einerseits umfassende Hilfestellungen geboten werden (Angebote zum Spracherwerb, Hilfe bei der Wohnungssuche etc.), andererseits aber auch Pflichten wie z. B. Anerkennung unserer Grund- und Freiheitsrechte, Gleichberechtigung, Einhaltung unserer Rechtsordnung etc. eingefordert werden.

3.6. Bildung

Bildung ist ein umfassendes Thema, das weit über den Bereich Schule hinausgeht. Für den Bereich Schule ist es für die FCG wichtig, dass ein differenziertes und leistungsorientiertes Schulsystem bestehen bleibt, damit unsere Schülerinnen und Schüler die bestmögliche sozial integrative Förderung erhalten.

Darüber hinaus müssen wir die Lernorte (Familien, Freundeskreise, gesellschaftliche Umgebung) unserer Kinder und Jugendlichen genauer durchleuchten und herausfinden, wo unsere Jugend Hilfestellungen und Unterstützung braucht.

Aus- und Fortbildung müssen für das ganze Leben sichergestellt und entsprechend gefördert werden. Dabei ist die Durchlässigkeit der Bildungssysteme sicherzustellen. Das bedeutet, dass der (berufliche) Lernprozess nicht schon mit der Erstausbildung abgeschlossen ist, sondern durch lebenslanges Lernen ständig erneuert werden muss.

Alles unter einem Dach

- Edles Schreiben
- Schulartikel
- Jugend-Schreibgeräte
- Hobby: Malen & Basteln
- Bürobedarf
- Druckerzubehör
- Creative Printing

www.pelikan.at

Schreiben
Lernen
Drucken

Schule
Büro

Hobby





Sieg der Vernunft!

Verein katholischer deutscher Lehrerinnen begrüßt Fortsetzung des gegliederten Schulsystems in Hamburg

Roswitha Fischer

Verein katholischer deutscher Lehrerinnen e.V., Berufsverband für katholische Pädagoginnen aller Bildungsbereiche



Essen, 20. Juli 2010. – Es ist beruhigend, zu erfahren, dass das Hamburger Bürgerbegehren zur Abwendung der Einführung der Einheitsschule erfolgreich war.

In einem echt demokratischen Verfahren haben die Hamburger Eltern den politischen Schmalmeien vom „längeren gemeinsamen Lernen“ die Gefolgschaft versagt und sich mehrheitlich für das zukunftsfähige gegliederte Schulwesen mit Zugang nach dem 4. Schuljahr ausgesprochen. Sie haben damit die Qualität der schulischen Zukunft ihrer Kinder gesichert.

In dieser Auseinandersetzung darf aber nicht vergessen werden, dass es nicht nur um das Gymnasium geht. Vielmehr gilt es auch, Real- und Hauptschulen mit ins Boot zu nehmen und für ihren Ausbau und die spezifische Ausgestaltung zu sorgen. Wer das Gymnasium retten und profilieren will, muss sich in gleicher Weise für Realschulen und Hauptschulen einsetzen, denn immerhin besucht ein gleich hoher Anteil von Schülern diese Schulen. Es wäre eine Illusion zu glauben, das Gymnasium könne auf Kosten der anderen Schulen der Sekundarstufe I gerettet werden.

Wichtig für alle Schulen der Sekundarstufe I sind aber zum einen der altersgerechte Übergang nach dem 4. Schuljahr der Grundschule und zum anderen schülerorientierte Lehr- und Unterrichtspläne, die optimale Ziele anbieten. Gleichzeitig ist auch eine sinnvolle Durchlässigkeit zwischen den Schulformen und Bildungsgängen zu sichern.

Bessere Lernergebnisse in der Grundschule sind nicht zu erreichen durch „längeres (angeblich) gemeinsames Lernen“, sondern durch kleinere Schulen mit kleineren Klassen, Ausbau der Grundschuldidaktik und -methodik, um die individuelle Förderung der Schülerinnen und Schüler zu verbessern und damit eine sichere Grundlage für die weiterführenden Schulen zu schaffen.

Diese Forderungen sind allerdings mit politischen Parolen nicht zu erreichen, sondern nur mit Ruhe und Kontinuität in unseren Schulen!

Österreich **braucht uns.** Jeden Tag.



göd.fcg



Nummer 27/2010, 10. September 2010

ORF

Wochen Spiegel



Editorial

Sehr geehrte User unserer Website,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
wen kümmert heute noch die alte Weisheit „Gut Ding braucht Weile“?

„Bildung auf einen Blick“ animierte in diesen Tagen viele JournalistInnen und das BMUKK, aus einem reichlich kurzen Blick in diese OECD-Studie allzu weitreichende Schlussfolgerungen zu ziehen. Der mediale Schnellschuss hatte wieder Hochsaison: Am Dienstag hat die OECD die aktuelle Ausgabe ihrer „Education at a Glance“-Studie präsentiert. Schon Minuten später ergoss sich eine schier unglaubliche Fülle von politischen Kommentaren, Analysen und Interpretationen über das staunende Publikum.

Seit Jahren verwundert und stört mich an dieser alljährlich erscheinenden Studie, dass drei Jahre alte Daten als brandaktuell verkauft werden. Die OECD versteht als Wirtschaftsorganisation ihr Geschäft: Sie lässt sich für ihre Studien von den Teilnehmerstaaten reichlich entlohnen, ist aber im Zeitalter digitaler Datenerfassung nicht einmal bereit oder in der Lage, aktuelle Zahlen zu präsentieren. Reichlich langsam arbeitet die OECD, die mit ihren PISA-Studien die Bildungspolitik vor sich herzutreiben vermag.

Aus meinem (noch nicht abgeschlossenen) Detailstudium der 474 Seiten umfassenden Studie mit all ihren Tabellen schließe ich, dass die Verlässlichkeit der Daten bestenfalls als „mangelhaft“ zu bewerten ist: Die OECD behauptet z. B., dass Österreichs unsägliche „Schülerentlastungsverordnung“ nur die Unterstufe betroffen habe. Offen bleibt vorerst, ob die Schuld für derartige Fehlinformationen die OECD oder das BMUKK trifft, das die Daten zur Verfügung stellt. Wer legt für wen die Hand ins Feuer?

Den Vogel schoss das Pressebüro von BM Schmied ab: Kaum war die Studie publiziert, griff man mit beiden Händen ins ministerielle Selbstbeweihräucherungsfass und ließ das österreichische Volk wissen: Die im OECD-Bericht für Österreich ausgewiesenen Verbesserungen seien dem natürlich segensreichen Wirken von BM Schmied zu verdanken. Sie staunen? „BM Schmied ist doch erst im Jahr 2007 aus dem Vorstand der inzwischen allseits bekannten Kommunakredit ins Ministerium übersiedelt!“ In Eckehard Quins Blog-Kommentar (<http://www.quintessenzen.at>) werden Sie Aufklärung finden.

Haben wir also BM Schmieds übernatürliche Fähigkeiten seit Jahren verkannt?

Mit herzlichen Grüßen

Mag. Gerhard Riegler
Vorsitzender der ÖPU

Die Woche im Medienspiegel

Das politische Rezept, um eine der gesellschaftlich wichtigsten Berufsgruppen gezielt zu überfordern und aufzureiben:

„Das Leiden der Lehrer in Stichworten gefasst: heftige Reformwellen, markant gestiegener Zeitbedarf für Administration und immer heterogenere Klassen zum einen, zum andern ein stetig wachsender Strauss an Anliegen, der die Schule zur Reparaturwerkstatt der Gesellschaft macht. Dies alles behindert das Kerngeschäft des Lehrens und Lernens enorm.“

Neue Zürcher Zeitung vom 5. Juli 2010

Dumme Gleichmacherei:

„Beim Sport, in der Musik oder in der Kunst geht man ganz selbstverständlich davon aus, dass es Begabtere und Motiviertere gibt. Warum gibt es dann in allen anderen Fällen diese realitätsfremde Gleichmacherei?“

Univ.-Prof. Mag. Dr. Karlheinz Töchterle,
Rektor der Universität Innsbruck, Tiroler Tageszeitung vom 21. August 2010

Erziehungsdefizite fallen in erster Linie MitschülerInnen auf den Kopf:

„Kinder können ungeheuer grausam sein. Oft mobben gerade solche Kinder, die versuchen, ihren eigenen Minderwertigkeitskomplex zu überspielen. Sie verspotten, bedrohen, belästigen oder ängstigen schwächere Kinder und suchen dafür Mitläufer, die aus Angst mittun, um nicht selbst gemobbt zu werden.“

Univ.-Prof. Dr. Max Friedrich, Kinderpsychiater, Salzburger Nachrichten vom 6. September 2010

In Deutschland führen Einheitsschul-Experimente zur Flucht in Nachbarbundesländer:

„Wer das Pech hat, im falschen Bundesland zu wohnen, muss machtlos mit ansehen, wie die eigenen Kinder verlorengelassen, im Durcheinander, das inkompetente Politiker anrichten. – Bremer und Berliner Schüler starten mit verminderten Chancen ins Berufsleben, sie finden sich am unteren Ende der Lernerfolgsskala.“

Der Spiegel vom 5. Juli 2010

ung +++ letzte Meldung +++ letzte Meldung +++ letzte Meldung +++

Schülerhöchstzahlen in den Klassen bundesweit unzulässig überschritten?
Was wird noch geopfert, um unfinanzierbare Prestigeprojekte zu stützen?

Wien (OTS) – Das oberste Organ der Bundes-Lehrerpersonalvertreter klage an und erhielt vor den RichterInnen der gesetzlichen Personalvertretungskommission (PVAK) Recht: es ist unzulässig, dass die Klassenschülerhöchstzahl von 25 aufgrund von „Ressourcenknappheit“ (=fehlende Geldmittel) überschritten werde (www.oepu.at, Stand 21.9.2010, 07:00). Die Überschreitung sei nur zulässig, wenn es an einer Schule keine andere Möglichkeit gibt, um Schülerabweisungen zu vermeiden.

Was sich in den letzten Wochen seit Schulbeginn bereits aufgrund zahlreicher Wiener Elternmeldungen angedeutet hat, ist nun amtlich!

Es werden offensichtlich bundesweit – und somit auch in Wien – in konzertierter und abgestimmter Vorgangsweise bewusst höhere als gesetzlich zulässige Schülerzahlen in Kauf genommen.

Seitens der Eltern stößt diese Information auf hohes Unverständnis und Verärgerung, als gerade die Elternverbände schon seit Jahren die Reduktion der Klassenschülerhöchstzahlen gefordert und seinerzeit durchgesetzt hatten. In der jüngsten Ausgabe des „profil“ hat sich BM Schmied mit der Senkung der Klassenschülerhöchstzahl wieder selbst gelobt. Die Wiener Eltern fühlen sich dadurch noch mehr verladen und fordern Bürgermeister Häupl auf, hier in Wien wieder für Ordnung in den Klassenzimmern zu sorgen!

Unverständlich ist auch die Motivation dieser Vorgangsweise. Es liegt allerdings die Überlegung nahe, dass die von vornherein kaum aufbringbar gewesene Werteinheiten-Mittelschule umgeleitet werden sollen.

Genährt wird diese Überlegung dadurch, dass in Bälde die ersten Evaluierungen (=Messlatte für Erfolg oder Misserfolg einer neuen Schulform) anstehen. Es wird nun offensichtlich mit allen Mitteln versucht, diese subjektiv zu beeinflussen.

Der Landesverband Katholischer Elternvereine fordert daher, Schulversuche im Rahmen keinesfalls sind diese auf dem Rücken der Schüler im bestehenden Schulwesen auszutragen!

Presseausendung von Mag. Christian Hafner für den Landesverband Katholischer Elternvereine Wien – www.hvke.at/wien vom 21. September 2010

Diese und viele weitere Zitate auf www.oepu.at



all about investments

Junge Menschen sind die Zukunft, sie haben viele Wünsche und Träume. Mit *all about investments* bieten wir kompetente Informationen, damit diese Träume wahr werden können.

In der Lebensphase zwischen 17 und 21 Jahren beginnen Jugendliche erstmals, ihr Leben selbst zu organisieren. Der Rat der Eltern zählt immer weniger, umso mehr werden die Erfahrungen von Freunden sowie die Meinungen von Experten als Entscheidungshilfen herangezogen. Im Zentrum steht der Wunsch nach Unabhängigkeit und Selbstverantwortung. Die Jugendlichen beginnen, sich selbst Ziele zu setzen, und haben Träume, wie das Leben aussehen soll. Doch um diese umsetzen zu können, benötigen sie Unterstützung auf ihrem Weg in die Selbstständigkeit, Hilfe in Form von Know-how sowie natürlich Geld. Und sie fragen sich, was man tun muss, um diese finanziellen Ziele zu erreichen.

Das Projekt *all about investments* setzt hier an und verfolgt ein klares Ziel: Jugendliche sollen wichtige Basisinformationen rund um das Thema Investments erhalten und erfahren, wie sie sich ihre Zukunftsträume erfüllen können. Zu diesem Zweck wurde ein umfassendes Lehrpaket kreiert. Es reicht von der einfachen Unterstützung mit professionellen Lehrmitteln über einen informativen Film bis zu Ideen für weiterführende Unterrichtseinheiten. Dabei ist das modulare System jedoch so flexibel, dass Sie es Ihrem Unterrichtsstil anpassen können. Darüber hinaus bieten wir die Möglichkeit, eine Exkursion zum größten Investmenthaus Österreichs, zu Raiffeisen Capital Management, nach Wien zu unternehmen. In einem abwechslungsreichen Workshop können Jugendliche dort ihr neu erworbenes Wissen kreativ unter Beweis stellen.

Mittlerweile waren bereits mehr als 700 Schüler aus 32 Klassen und sechs Bundesländern bei uns zu Besuch!

Haben wir Ihr Interesse geweckt?

Wenn Sie sich von den umfassenden Möglichkeiten dieses Projekts überzeugen wollen, informieren Sie sich unter **www.rcm.at** (Quick-Links) oder schicken Sie noch heute eine E-Mail an **all-about-investments@rcm.at** und schon bald halten Sie das Lehrpaket in den Händen.

